

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2016/205133]

19 SEPTEMBER 2016. — Decreet houdende instemming met het Benelux-Verdrag inzake grensoverschrijdende en interterritoriale samenwerking, gedaan te s-Gravenhage op 20 februari 2014

Het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Regering, bekrachtigen hetgeen volgt:
Enig artikel. Het Benelux-Verdrag inzake grensoverschrijdende en interterritoriale samenwerking, gedaan te 's-Gravenhage op 20 februari 2014, zal volkomen gevolg hebben.

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* wordt bekendgemaakt.
 Eupen, 19 september 2016.

O. PAASCH

De Minister-President

Mevr. I. WEYKMANS

De Viceminister-President, Minister van Cultuur, Werkgelegenheid en Toerisme

A. ANTONIADIS

De Minister van Gezin, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden

H. MOLLERS

De Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk Onderzoek

 Nota

Zitting 2016-2017.

Parlementair stuk : 128 (2015-2016), nr. 1. Ontwerp van decreet.

Integraal verslag : 19 september 2016, nr. 29. Bespreking en aanneming.

 MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2016/205129]

26. SEPTEMBER 2016 — Dekret zur Abänderung des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionieren es:

Artikel 1 - Das vorliegende Dekret dient der partiellen Umsetzung der Richtlinie 2011/85/EU des Rates vom 8. November 2011 über die Anforderungen an die haushaltspolitischen Rahmen der Mitgliedstaaten.

Art. 2 - Artikel 2 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird wie folgt abgeändert:

1. Nummer 1 wird wie folgt ersetzt:

«1. "das Gesetz über die allgemeinen Bestimmungen": das Gesetz vom 16. Mai 2003 zur Festlegung der für die Haushaltspläne, die Kontrolle der Subventionen und die Buchführung der Gemeinschaften und Regionen sowie für die Organisation der Kontrolle durch den Rechnungshof geltenden allgemeinen Bestimmungen;»

2. Folgende Nummern 9, 10 und 11 werden eingefügt:

«9. "das IVG": das in Artikel 107 des Gesetzes vom 21. Dezember 1994 zur Festlegung sozialer und sonstiger Bestimmungen erwähnte Institut für Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen;

10. "der Wirtschaftshaushaltsplan": der in Artikel 108 Buchstabe g) des Gesetzes vom 21. Dezember 1994 zur Festlegung sozialer und sonstiger Bestimmungen erwähnte Haushalt;

11. "der Konsolidierungskreis": die Gesamtheit der Einheiten, die das IVG dem Teilsektor S.1312 "Länder" des Sektors S.13 "Staat" gemäß der Verordnung (EU) Nr. 549/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Mai 2013 zum Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen auf nationaler und regionaler Ebene in der Europäischen Union zuordnet.»

Art. 3 - Artikel 15 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. Der einzige Absatz wird zu Paragraf 1.

2. Folgender Paragraf 2 wird eingefügt:

«§ 2 - Gemäß Artikel 16/13 des Gesetzes über die allgemeinen Bestimmungen werden alle drei Jahre die in Artikel 59 Absatz 1 erwähnten Haushaltsprognosen, die bei der Aufstellung des Haushaltsplans herangezogen werden, auf der Grundlage objektiver Kriterien von einer unabhängigen Stelle bewertet. Ergibt die Bewertung eine erhebliche Abweichung, so ergreift die Regierung die notwendigen Maßnahmen, um die bei zukünftigen Haushaltsprognosen angewandte Methode zu verbessern, und veröffentlicht sie.

Die unabhängige Stelle wird in einem Zusammenarbeitsabkommen bestimmt.»

Art. 4 - In Artikel 38 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 25. Februar 2013, wird folgender Absatz 4 eingefügt:

«Gemäß Artikel 16/14 des Gesetzes über die allgemeinen Bestimmungen veröffentlicht die Regierung im Rahmen der in Absatz 3 Nummer 1 erwähnten Bilanz die relevanten Informationen über Eventualverbindlichkeiten, die sich erheblich auf den Haushalt auswirken können, darunter Staatsbürgschaften, notleidende Darlehen und Verbindlichkeiten aus der Tätigkeit öffentlicher Unternehmen, und Informationen über Beteiligungen am Kapital privater oder öffentlicher Unternehmen bezüglich wirtschaftlich erheblicher Beträge.»

Art. 5 - Artikel 46 desselben Dekrets, abgeändert durch die Dekrete vom 13. Februar 2012, 25. Februar 2013 und 2. März 2015, wird wie folgt abgeändert:

1. Die Absätze 1-4 werden zu Paragraf 1 Absätze 1-4.

2. In § 1 Absatz 2 wird im ersten Satz zwischen die Wörter "schließt" und "mit" die Wortfolge "gemäß Artikel 10 § 1/1 des Gesetzes über die allgemeinen Bestimmungen" eingefügt.

3. Folgender Paragraf 2 wird eingefügt:

«§ 2 - Das Parlament kann den Rechnungshof mit der Prüfung der Gesetzmäßigkeit und der Ordnungsmäßigkeit bestimmter Ausgaben beauftragen oder mit der Erstellung von Audits zur finanziellen Geschäftsführung in den Diensten und Einrichtungen, die der Kontrolle des Rechnungshofs unterliegen.»

Art. 6 - Artikel 57 § 5 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. Nummer 3 wird wie folgt ersetzt:

«3. gemäß Artikel 16/12 des Gesetzes über die allgemeinen Bestimmungen einen mittelfristigen Haushaltsrahmen und eine mehrjährige Finanzplanung, ihre jeweiligen eventuellen Anpassungen sowie die Begründung jeder eventuellen Abweichung im Haushalt gegenüber dem mittelfristigen Haushaltsrahmen;»

2. Folgende Nummer 8 wird eingefügt:

«8. gemäß Artikel 16/11 des Gesetzes über die allgemeinen Bestimmungen:

a) eine Sensitivitätsanalyse, die eine Übersicht über die Entwicklung der wichtigsten Haushaltsvariablen unter Zugrundelegung unterschiedlicher angenommener Wachstumsraten und Zinssätze enthält;

b) eine Auflistung aller staatlichen Einrichtungen und Fonds, die im Haushalt nicht erfasst werden, aber zu dem vom IVG bestimmten Konsolidierungskreis gehören, und die Analyse der Auswirkungen dieser Einrichtungen und Fonds auf den Finanzierungssaldo und die Staatsschuld.»

3. In denselben Paragrafen werden folgende Absätze 2 und 3 eingefügt:

«Der in Absatz 1 Nummer 3 erwähnte mittelfristige Haushaltsrahmen deckt die Legislaturperiode und einen Zeitraum von mindestens drei Jahren ab. Eine neue Regierung darf den von einer vorherigen Regierung bestimmten mittelfristigen Haushaltsrahmen ändern, um ihn an ihre neuen politischen Prioritäten anzupassen. In diesem Fall gibt die neue Regierung an, inwieweit sich dieser Haushaltsrahmen von dem vorherigen mittelfristigen Haushaltsrahmen unterscheidet.

Die in Absatz 1 Nummer 3 erwähnte mehrjährige Finanzplanung ergibt sich aus dem mittelfristigen Haushaltsrahmen und beruht auf den Wirtschaftsprognosen des IVG. Sie umfasst folgende Bestandteile:

1. umfassende und transparente mehrjährige Haushaltsziele in Bezug auf gesamtstaatliches Defizit, Staatsschuld und andere zusammenfassende Finanzindikatoren, wie etwa Ausgaben;

2. auf der Annahme einer unveränderten Politik basierende Projektionen für jeden Hauptausgaben- und Haupteinnahmenposten;

3. Beschreibung der mittelfristig geplanten Maßnahmen, die Auswirkung auf die gesamtstaatlichen Finanzen haben, aufgeschlüsselt nach Haupteinnahmen- und Hauptausgabenposten, wobei darzulegen ist, wie die Anpassung an die mittelfristigen Haushaltsziele gegenüber den Projektionen unter Annahme einer unveränderten Politik erreicht werden soll;

4. Einschätzung der Frage, wie die geplanten politischen Maßnahmen im Hinblick auf ihre unmittelbare langfristige Auswirkung auf die gesamtstaatlichen Finanzen wahrscheinlich die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen beeinflussen werden.»

Art. 7 - Artikel 59 Absatz 1 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

«Unter Berücksichtigung des mittelfristigen Haushaltsrahmens legt die Regierung die Richtlinien und die Arbeitsweise für die Erstellung der Haushalte und der Haushaltsanpassungen fest. Gemäß Artikel 16/9 des Gesetzes über die allgemeinen Bestimmungen erstellt die Regierung ihre Haushalte auf der Grundlage der makroökonomischen Prognosen des Wirtschaftshaushaltsplans des IVG. Eventuelle Abweichungen von diesen Prognosen werden in der in Artikel 57 Paragraf 5 erwähnten Allgemeinen Rechtfertigungserklärung ausdrücklich vermerkt und begründet.»

Art. 8 - Artikel 66 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. Die Überschrift des Artikels wird durch die Wortfolge "Übermittlung von Haushaltsdaten" ersetzt.

2. Der einzige Absatz wird zu Paragraf 1.

3. Folgender Paragraf 2 wird eingefügt:

«§ 2 - Gemäß Artikel 16/10 des Gesetzes über die allgemeinen Bestimmungen werden die Haushaltsdaten auf Kassenbasis oder auf Basis der Buchführung, die sich auf erfolgte Ausgaben und Einnahmen beziehen, der Förderbehörde monatlich zwecks Veröffentlichung mitgeteilt. Diese Übersicht enthält auch die Einnahmen und Ausgaben der Einrichtungen, die zu dem vom IVG bestimmten Konsolidierungskreis gehören.

Die Regierung legt die Modalitäten dieser Übermittlung fest.»

Art. 9 - Vorliegendes Dekret tritt am 1. Januar 2017 in Kraft.

Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, dass es durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.

Eupen, den 26. September 2016

O. PAASCH

Der Ministerpräsident

Frau I. WEYKMANS

Die Vize-Ministerpräsidentin, Ministerin für Kultur, Beschäftigung und Tourismus

A. ANTONIADIS

Der Minister für Familie, Gesundheit und Soziales

H. MOLLERS

Der Minister für Bildung und wissenschaftliche Forschung

—
Fußnote

Sitzungsperiode 2016-2017

Nummerierte Dokumente: 130 (2015-2016) Nr. 1 Dekretentwurf.

130 (2015-2016) Nr. 2 Abänderungsvorschlag.

130 (2016-2016) Nr. 3 Bericht.

Ausführlicher Bericht: 26. September 2016 - Nr. 30 Diskussion und Abstimmung.

—
TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

[2016/205129]

**26 SEPTEMBRE 2016. — Décret modifiant le décret du 25 mai 2009
relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone**

Le Parlement de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

Article 1^{er}. Le présent décret sert à transposer partiellement la Directive 2001/85/UE du Conseil du 8 novembre 2011 sur les exigences applicables aux cadres budgétaires des Etats membres.

Art. 2. A l'article 2 du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone, les modifications suivantes sont apportées :

1° le 1° est remplacé par ce qui suit :

« 1. "la loi portant des dispositions générales" : la loi du 16 mai 2003 fixant les dispositions générales applicables aux budgets, au contrôle des subventions et à la comptabilité des communautés et des régions, ainsi qu'à l'organisation du contrôle de la Cour des comptes; »;

2° l'article est complété par les 9° à 11° rédigés comme suit :

« 9. "l'ICN" : l'Institut des comptes nationaux mentionné à l'article 107 de la loi du 21 décembre 1994 portant des dispositions sociales et diverses;

10. "le budget économique" : le budget mentionné à l'article 108, g), de la loi du 21 décembre 1994 portant des dispositions sociales et diverses;

11. "le périmètre de consolidation" : l'ensemble des entités que l'ICN classe dans le sous-secteur S.1312 "Administrations d'Etats fédérés" du secteur S.13 "Administrations publiques" conformément au Règlement (UE) n° 549/2013 du Parlement européen et du Conseil du 21 mai 2013 relatif au système européen des comptes nationaux et régionaux dans l'Union européenne. »

Art. 3. A l'article 15 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° le texte actuel forme le paragraphe 1^{er};

2° l'article est complété par un § 2 rédigé comme suit :

« § 2. Conformément à l'article 16/13 de la loi fixant les dispositions générales, les prévisions macroéconomiques mentionnées à l'article 59, alinéa 1^{er}, qui seront utilisées pour établir le budget, sont évaluées tous les trois ans sur la base de critères objectifs par un organisme indépendant. Si un écart significatif ressort de l'évaluation, le Gouvernement prend les mesures nécessaires pour améliorer la méthodologie des prévisions budgétaires ultérieures et les rend publiques.

L'organisme indépendant est désigné dans un accord de coopération. »

Art. 4. L'article 38 du même décret, modifié par le décret du 25 février 2013, est complété par un alinéa 4 rédigé comme suit :

« Conformément à l'article 16/14 de la loi fixant les dispositions générales, le Gouvernement publie, dans le cadre du bilan mentionné à l'alinéa 3, 1., les informations pertinentes sur les engagements conditionnels susceptibles d'avoir un impact élevé sur les budgets publics, y compris les garanties publiques, les prêts improductifs et les passifs découlant de l'activité d'entreprises publiques, ainsi que des informations sur les participations des administrations publiques au capital de sociétés privées ou publiques pour des montants économiques significatifs. »

Art. 5. A l'article 46 du même décret, modifié par les décrets des 13 février 2012, 25 février 2013 et 2 mars 2015, les modifications suivantes sont apportées :

1° les alinéas 1^{er} à 4 actuels forment le § 1^{er}, alinéas 1^{er} à 4;

2° dans le § 1^{er}, alinéa 2, la phrase introductive est complétée par les mots "conformément à l'article 10, § 1/1, de la loi fixant les dispositions générales";

3° l'article est complété par un § 2 rédigé comme suit :

« § 2. Le Parlement peut charger la Cour des Comptes de vérifier la légalité et la régularité de certaines dépenses et d'établir des audits relatifs à la gestion financière dans les services et organismes soumis au contrôle de la Cour des comptes. »

Art. 6. A l'article 57, § 5, du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° le 3° est remplacé par ce qui suit :

« 3. conformément à l'article 16/12 de la loi fixant les dispositions générales, un cadre budgétaire à moyen terme et une programmation budgétaire pluriannuelle, leurs éventuelles actualisations ainsi que la justification de tout écart éventuel du budget par rapport au cadre budgétaire à moyen terme; »;

2° l'article est complété par un 8° rédigé comme suit :

« 8. conformément à l'article 16/11 de la loi fixant les dispositions générales :

a) une analyse de sensibilité, reprenant un aperçu des évolutions principales variables budgétaires en fonction de différentes hypothèses relatives aux taux de croissance et d'intérêt;

b) une énumération de tous les organismes et fonds qui ne sont pas repris dans le budget des dépenses, mais qui font partie du périmètre de consolidation tel que défini par l'ICN ainsi qu'une analyse de leur impact sur le solde de financement et sur la dette publique. »;

3° le même paragraphe est complété par des alinéas 2 et 3, rédigés comme suit :

« Le cadre budgétaire à moyen terme mentionné à l'alinéa 1^{er}, 3., s'étend sur la législature et sur une période d'au moins trois ans. Un nouveau gouvernement peut actualiser le cadre budgétaire à moyen terme fixé par le gouvernement précédent de manière à tenir compte de ses nouvelles priorités politiques. Dans ce cas, le nouveau gouvernement souligne les différences avec le précédent cadre budgétaire à moyen terme.

La programmation budgétaire pluriannuelle mentionnée à l'alinéa 1^{er}, 3., résulte du cadre budgétaire à moyen terme et se base sur les prévisions économiques de l'ICN. Elle comprend les éléments suivants :

1° des objectifs budgétaires pluriannuels globaux et transparents, exprimés en termes de déficit public, de dette publique ou par tout autre indicateur budgétaire synthétique, tel que les dépenses;

2° des prévisions pour chaque poste majeur de dépenses et de recettes des administrations publiques, à politiques inchangées;

3° une description des politiques envisagées à moyen terme ayant un impact sur les finances des administrations publiques, ventilées par poste de dépenses et de recettes important, qui montre comment l'ajustement permet d'atteindre les objectifs budgétaires à moyen terme en comparaison des projections à politiques inchangées;

4° une évaluation de l'effet que les politiques envisagées, vu leur impact direct à long terme sur les finances des administrations publiques, sont susceptibles d'avoir sur la soutenabilité à long terme des finances publiques. »

Art. 7. L'article 59, alinéa 1^{er}, du même décret, est remplacé par ce qui suit :

« Le Gouvernement fixe les directives et le fonctionnement pour l'établissement du budget et des ajustements budgétaires en tenant compte du cadre budgétaire à moyen terme. Conformément à l'article 16/9 de la loi fixant les dispositions générales, le Gouvernement élabore son budget sur la base des prévisions macroéconomiques du budget économique de l'Institut des comptes nationaux. Les écarts éventuels par rapport à ces prévisions doivent être notifiés et motivés dans la justification générale mentionnée à l'article 57, § 5. »

Art. 8. A l'article 66 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° l'intitulé de l'article est remplacé par les mots "Transmission de données budgétaires";

2° le texte actuel forme le paragraphe 1^{er};

3° l'article est complété par un § 2 rédigé comme suit :

« § 2. Conformément à l'article 16/10 de la loi fixant les dispositions générales, les données budgétaires afférentes aux dépenses et recettes réalisées sur la base caisse ou sur la base de la comptabilité sont mensuellement communiquées pour publication à l'Etat fédéral. Cet aperçu inclut les recettes et dépenses des institutions faisant partie du périmètre de consolidation tel que défini par l'Institut des comptes nationaux.

Le Gouvernement fixe les modalités de cette transmission. »

Art. 9. Le présent décret entre en vigueur le 1^{er} janvier 2017.

Promulguons le présent décret et ordonnons qu'il soit publié au *Moniteur belge*.

Eupen, le 26 septembre 2016.

O. PAASCH

Le Ministre-Président

Mme I. WEYKMANS

La Vice-Ministre-Présidente, Ministre de la Culture, de l'Emploi et du Tourisme

A. ANTONIADIS

Le Ministre de la Famille, de la Santé et des Affaires sociales

H. MOLLERS

Le Ministre de l'Education et de la Recherche scientifique

—
Note

Session 2016-2017.

Documents parlementaires : 130 (2015-2016), n° 1. Projet de décret.

130 (2015-2016), n° 2. Proposition d'amendement.

130 (2016-2016), n° 3. Rapport.

Compte rendu intégral : 26 septembre 2016, n° 30. Discussion et vote.

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2016/205129]

26 SEPTEMBER 2016. — Decreet tot wijziging van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap

Het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Regering, bekrachtigen hetgeen volgt :

Artikel 1. Dit decreet voorziet in de gedeeltelijke omzetting van de Richtlijn 2011/85/EU van de Raad van 8 november 2011 tot vaststelling van voorschriften voor de begrotingskaders van de lidstaten.

Art. 2. In artikel 2 van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° de bepaling onder 1° wordt vervangen als volgt :

« 1° "de wet tot vaststelling van de algemene bepalingen": de wet van 16 mei 2003 tot vaststelling van de algemene bepalingen die gelden voor de begrotingen, de controle op de subsidies en voor de boekhouding van de gemeenschappen en de gewesten, alsook voor de organisatie van de controle door het Rekenhof; »

2° artikel 2 wordt aangevuld met de bepalingen onder 9°, 10° en 11°, luidende :

« 9° "het INR": het Instituut voor nationale rekeningen vermeld in artikel 107 van de wet van 21 december 1994 houdende sociale en diverse bepalingen;

10° "de economische begroting" : de begroting vermeld in artikel 108, g), van de wet van 21 december 1994 houdende sociale en diverse bepalingen;

11° "de consolidatiekring" : alle eenheden die het INR indeelt bij de subsector S.1312 "Deelstaatoverheid" van de sector S.13 "Overheid" overeenkomstig de Verordening (EU) nr. 549/2013 van het Europees Parlement en de Raad van 21 mei 2013 betreffende het Europees systeem van nationale en regionale rekeningen in de Europese Unie. »

Art. 3. In artikel 15 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° het enige lid wordt paragraaf 1;

2° artikel 15 wordt aangevuld met een paragraaf 2, luidende :

« § 2. Overeenkomstig artikel 16/13 van de wet tot vaststelling van de algemene bepalingen worden de begrotingsprognoses vermeld in artikel 59, eerste lid, die bij de opstelling van de begroting gehanteerd worden, om de drie jaar op basis van objectieve criteria door een onafhankelijke instantie geëvalueerd. Indien uit de evaluatie een significante afwijking blijkt, neemt de Regering de nodige maatregelen om de methodologie van de toekomstige begrotingsprognoses te verbeteren en maakt ze openbaar.

De onafhankelijke instantie wordt in een samenwerkingsakkoord bepaald. »

Art. 4. Artikel 38 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 25 februari 2013, wordt aangevuld met een vierde lid, luidende :

« Overeenkomstig artikel 16/14 van de wet tot vaststelling van de algemene bepalingen publiceert de Regering in het kader van de balans vermeld in het derde lid, 1°, relevante informatie over voorwaardelijke verplichtingen met mogelijk grote gevolgen voor de begroting, zoals onder meer overheidsgaranties, oninbare leningen en uit de exploitatie van overheidsbedrijven voortvloeiende verplichtingen, en informatie over participaties in kapitaal van particuliere en overheidsbedrijven, voor zover het om economisch significante bedragen gaat. »

Art. 5. In artikel 46 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij de decreten van 13 februari 2012, 25 februari 2013 en 2 maart 2015, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° het eerste tot het vierde lid worden paragraaf 1, eerste tot vierde lid;

2° in § 1, tweede lid, worden in de eerste zin tussen het woord "eindigt" en het woord "met" de woorden "overeenkomstig artikel 10, § 1/1, van de wet tot vaststelling van de algemene bepalingen" ingevoegd;

3° artikel 46 wordt aangevuld met een paragraaf 2, luidende :

« § 2. Het Parlement kan het Rekenhof belasten met het toetsen van de wettigheid en regelmatigheid van bepaalde uitgaven of met het maken van audits over het financieel beheer in de diensten en instellingen die onder de controle van het Rekenhof vallen. »

Art. 6. In artikel 57, § 5, van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° de bepaling onder 3° wordt vervangen als volgt :

« 3° overeenkomstig artikel 16/12 van de wet tot vaststelling van de algemene bepalingen een begrotingskader voor de middellange termijn en een meerjarige begrotingsplanning, met telkens de eventuele aanpassingen en de verantwoording voor elke eventuele afwijking in de begroting ten opzichte van het begrotingskader voor de middellange termijn; »

2° dezelfde paragraaf wordt aangevuld met een bepaling onder 8°, luidende :

« 8° overeenkomstig artikel 16/11 van de wet tot vaststelling van de algemene bepalingen :

a) een gevoeligheidsanalyse met daarin een overzicht van de ontwikkelingen van de belangrijkste begrotingsvariabelen onder verschillende groei- en renteaannames;

b) een opsomming van alle instellingen en fondsen van de overheid die niet in de begrotingen zijn opgenomen maar die deel uitmaken van de consolidatiekring bepaald door het INR, alsook een analyse van de impact van die instellingen en fondsen op het financieringssaldo en op de overheidsschuld. »

3° dezelfde paragraaf wordt aangevuld met een tweede en een derde lid, luidende :

« Het begrotingskader voor de middellange termijn vermeld in het eerste lid, 3°, dekt de regeerperiode en bestrijkt een periode van minstens drie jaar. Een nieuwe regering mag het door een vorige regering bepaalde begrotingskader op middellange termijn aanpassen aan haar nieuwe beleidsprioriteiten. In dat geval geeft de nieuwe regering aan in hoeverre dat begrotingskader verschilt van het voorgaande begrotingskader voor de middellange termijn.

De meerjarige begrotingsplanning vermeld in het eerste lid, 3°, vloeit voort uit het begrotingskader voor de middellange termijn en is gebaseerd op de economische prognoses van het INR. Ze bevat de volgende elementen :

1° algemene en transparante meerjarige begrotingsdoelstellingen voor het overheidstekort, de overheidsschuld en andere samenvattende begrotingsindicatoren, zoals uitgaven;

2° prognoses voor elke belangrijke uitgaven- en ontvangstenpost, bij ongewijzigd beleid;

3° een beschrijving van de geplande maatregelen voor de middellange termijn die gevolgen hebben voor de overheidsfinanciën, uitgesplitst naar de voornaamste ontvangsten- en uitgavenposten, waarbij wordt getoond op welke wijze de aanpassing aan de middellangetermijndoelstellingen voor de begroting wordt verwezenlijkt, afgezet tegen de prognoses bij ongewijzigd beleid;

4° een beoordeling van de wijze waarop de voorgenomen beleidsmaatregelen in het licht van hun rechtstreekse langetermijnpact op de overheidsfinanciën de houdbaarheid van de overheidsfinanciën op lange termijn zouden kunnen beïnvloeden. »

Art. 7. Artikel 59, eerste lid, van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt :

« Met inachtneming van het begrotingskader voor de middellange termijn bepaalt de Regering de richtsnoeren en de werkwijze voor het opstellen van de begrotingen en de begrotingsaanpassingen. Overeenkomstig artikel 16/9 van de wet tot vaststelling van de algemene bepalingen stelt de Regering haar begrotingen op op basis van de macro-economische prognoses van de economische begroting van het INR. Eventuele afwijkingen van deze prognoses worden uitdrukkelijk vermeld en gemotiveerd in de algemene toelichting vermeld in artikel 57, paragraaf 5. »

Art. 8. In artikel 66 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° het opschrift van het artikel wordt vervangen als volgt: "Toezending van begrotingsgegevens";

2° het enige lid wordt paragraaf 1;

3° het artikel wordt aangevuld met een paragraaf 2, luidende :

« § 2. Overeenkomstig artikel 16/10 van de wet tot vaststelling van de algemene bepalingen worden de begrotingsgegevens met betrekking tot de gerealiseerde uitgaven en ontvangsten op kasbasis of boekhoudkundige basis maandelijks voor publicatie overgezonden aan de federale overheid. Dit overzicht omvat ook de ontvangsten en uitgaven van de instellingen die deel uitmaken van de consolidatiekring bepaald door het INR.

De Regering bepaalt de nadere regels voor die toezending. »

Art. 9. Dit decreet treedt in werking op 1 januari 2017.

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* wordt bekendgemaakt.

Eupen, 26 september 2016.

O. PAASCH

De Minister-President

Mevr. I. WEYKMANS

De Viceminister-President, Minister van Cultuur, Werkgelegenheid en Toerisme

A. ANTONIADIS

De Minister van Gezin, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden

H. MOLLERS

De Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk Onderzoek

Nota

Zitting 2016-2017.

Parlementaire stukken : 130 (2015-2016), nr. 1. Ontwerp van decreet.

130 (2015-2016), nr. 2. Voorstel tot wijziging.

130 (2016-2016), nr. 3. Verslag.

Integraal verslag : 26 september 2016, nr. 30. Bespreking en aanneming.